

B E K A N N T M A C H U N G **nach § 50 Abs. 5 BMG**

Bekanntmachung über das Widerspruchsrecht von Wahlberechtigten hinsichtlich der Weitergabe ihrer Daten

Es wird darauf hingewiesen, dass die Meldebehörde nach den Vorschriften des Bundesmeldegesetzes (BMG) Parteien, Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher oder kommunaler Ebene in den sechs der Wahl oder Abstimmung vorausgehenden Monaten Auskunft aus dem Melderegister über Vor- und Familiennamen, Doktorgrade und Anschriften von Gruppen von Wahlberechtigten erteilen darf, für deren Zusammensetzung das Lebensalter der Betroffenen bestimmt ist (§ 50 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 44 Abs. 1 Satz 1 BMG). Die Geburtstage der Wahlberechtigten dürfen dabei nicht mitgeteilt werden (§ 50 Abs. 1 Satz 2 BMG).

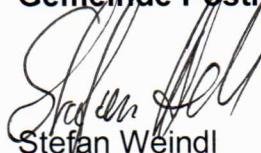
Die Betroffenen haben das Recht, der Übermittlung ihrer Daten durch die Errichtung einer Übermittlungssperre zu widersprechen (§ 50 Abs. 5 BMG). Wer bereits früher einer entsprechenden Übermittlung widersprochen hat, braucht nicht erneut zu widersprechen; die Übermittlungssperre bleibt bis zu einem schriftlichen Widerruf gespeichert. Wahlberechtigte, die ab sofort von diesem Recht Gebrauch machen möchten, können sich dazu mit uns schriftlich oder auch persönlich in Verbindung setzen:

Gemeinde Postmünster
Hauptstraße 23, 84389 Postmünster
Telefon: 08561 / 98 49 0
Telefax: 08561 / 98 49 29
E-Mail: poststelle@postmuenster.de

Die Errichtung einer Übermittlungssperre ist auch online über www.postmuenster.de möglich.

Postmünster, den 02. Januar 2026

Gemeinde Postmünster



Stefan Weindl
1. Bürgermeister

angeheftet: 05.01.2026

abgenommen: